

# Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift

des Verbandes der Gärtner und Gärtnerel-Arbeiter (vorm. Allg. Deutscher Gärtnerverein), Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

**Bezugsbedingungen:** Vierteljährl. durch die Post 5 M., mit Streifenband 6,50 M.  
Erscheint wöchentlich Sonnabends

**Schriftleitung und  
Verband:**  
Berlin S 42, Luisenauer 1  
Fernruf: Moritzplatz 3725

**Anzeigen** erscheinen nur in dem vierzehntäglich erscheinenden „Gärtnerel-Fachblatt“  
Die Anzeigen-Annahme befindet sich: Berlin S 42, Luisenauer 1 :: Beilagen nach vorheriger Anfrage

In der Zeit vom 25. Juli bis 31. Juli ist der Beitrag für die 31. Woche fällig.

## Vor der Entscheidung!

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Mitglieder kommen, ist bereits die mit so großer Spannung erwartete Generalversammlung unseres Verbandes in Berlin zusammengetreten, um nach einer außerordentlichen Pause von acht Jahren einen Rückblick auf die Vergangenheit zu werfen, die bisherigen Maßnahmen einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen und bessere Vorschläge an ihre Stelle zu setzen, denn nur so, und nicht durch eine unfruchtbare Opposition, kann Segensreiches für die Zukunft geschaffen werden.

War schon in normalen Zeiten ein solcher Verbandstag ein Ereignis von besonderer Bedeutung für die fernere Entwicklung, so gilt dies ganz besonders für die Jetztzeit, weil sich während der langen Pause auf unserem Erdball die Tragödie der Menschheit abgespielt, und uns so außerordentliche Zustände hinterlassen hat, daß es zu ihrer Behebung auch ganz außerordentlicher Maßnahmen bedarf.

Da nun gerade die Gewerkschaften als Berufsorganisationen in erster Linie zu Trägern des künftigen Wirtschaftslebens berufen sind, macht sich diese Umwertung aller Werte natürlich zu allererst bei ihnen bemerkbar und hat ihnen bereits während der letzten Monate Aufgaben gestellt, deren Lösung angesichts des Zusammenbruchs beinahe unmöglich erschien. Wenn es trotzdem gelungen ist, die vielen neu auftauchenden Probleme wenigstens einigermaßen zu klären und zum Teil zu bewältigen, so dürfte dies ein Beweis für die Unentbehrlichkeit der Gewerkschaften und ihr Anpassungsvermögen sein. Daß man dabei mit den in früheren Jahren gesammelten Erfahrungen nicht allzuviel anfangen konnte, sich vielmehr erst völlig neuorientieren mußte, entspricht leider nur allzu sehr den menschlichen Schwächen und es ist tatsächlich nicht schwer, heute die eine oder andere Maßnahme als völlig verfehlt zu betrachten, weil Ratsherren schon vor hundert Jahren stets klüger nach der Sitzung waren. Das wird, kommt nichts Besonderes drein, in tausend Jahren noch so sein.

Diese goldenen Worte enthüllen mit feiner Ironie die Abhängigkeit des Menschen von den Verhältnissen; sie zu meistern, um uns selbst zum Herrn unserer Geschichte zu machen, muß unser unablässiges Bemühen sein. Dazu benötigen wir als Ansporn die Unzufriedenheit und begrüßen sie in diesem Sinne auch, wenn sie sich auf der Generalversammlung äußert.

Die Tagesordnung besteht zwar nur aus 7 Punkten, aber sie hat's in sich, wie man zu sagen pflegt und es wird sich für alle Teilnehmer empfehlen, dem Redefuß etwas zu bündeln, um nicht die Verhandlungsgegenstände der letzten Tage allzu stiefmütterlich zu behandeln.

Von besonderem Interesse wird der Geschäftsbericht sein, da er die Entwicklung des Verbandes durch die Entbehrungen und Schläge der Kriegsjahre hindurch bis zu seiner jetzigen Blüte nochmals an unserem geistigen Auge vorüberziehen läßt. An dieser Stelle etwa besondere Worte darüber zu verlieren, hieße der Aufrollung unserer Lebensfrage vorgreifen und sie beeinträchtigen.

Umso wichtiger ist der 2. Punkt der Tagesordnung, Anschluß an den Landarbeiterverband, bei dem voraussichtlich die Geister aufeinanderprallen werden, weil jede Richtung mit ihren Anschauungen nur das Beste will und alles versuchen wird, mit der Kraft und Wärme des gesprochenen Wortes auch dem Gegner

seine eigene Überzeugung beizubringen. Mit der Lösung dieser Frage wird eine für die ganze zukünftige Entwicklung des Verbandes bedeutungsvolle Entscheidung gefällt, so daß es unbedingt nötig ist, hier weitestgehende Klärung zu schaffen, alles zu prüfen und das Beste zu behalten. Von diesem Standpunkt ausgehend, hat der Hauptvorstand in freier Weise den Anhängern beider Richtungen die Spalten unserer Zeitung geöffnet und hofft, damit auch weiteren Kreisen unserer Mitglieder Einblick in die Frage verschafft zu haben. Möge die Entscheidung nunmehr der Forderungen der Zeit entsprechend ausfallen und uns das bringen, was wir als moderne Gewerkschafter in dem heutigen, immer schwerer werdenden Kampfe um das Endziel unserer Bestrebungen brauchen: Einigkeit, Stärke und Kraft der Bewegung.

Über letzteres sich auszusprechen und schlüssig zu werden, wird auch der 4. Verhandlungspunkt, Arbeitskämpfe, reichlich Gelegenheit bieten, denn der Widerstand der Unternehmer gegen soziale Maßnahmen, Tarife usw. wird immer hartnäckiger, ja, man wagt schon, vom Abbau der Löhne zu reden.

Die wie eine ewige Krankheit sich hinschleichernde Rechtsfrage wird bei Punkt 3 zur Besprechung kommen und es gilt angesichts der schwebenden Gesetzgebung grundsätzliche Stellung zu der so heiß umstrittenen Frage unserer öffentlich-rechtlichen Vertretung zu nehmen und alle taktischen Maßnahmen für die fernere Bearbeitung der Angelegenheit zu erwägen.

Erfreulicherweise ist der Gedanke einer besseren Finanzierung unserer Bewegung in allen Kreisen wach, so daß auch die Beitragsfrage nach den verschiedenen Experimenten der sich überstürzenden Verhältnisse der letzten Monate nunmehr auf eine breitere und festere Grundlage gestellt werden kann. Ähnliches gilt auch von der Beratung der Satzungen, die dringend einer Verbesserung bedürfen.

Die Zahl der eingesandten Anträge ist reichlich hoch und wenn sie auch von einem regen Geist und großer Anteilnahme unserer Mitgliedschaft zeugen, kann man sich doch bei einer ganzen Anzahl nicht des Eindrucks erwehren, als wenn die betreffenden Einsender nach Lesen verschiedener Anträge nunmehr ihrerseits ebenfalls das Bedürfnis verspürt hätten, etwas ähnliches zu verfassen, um dadurch der ganzen Sache etwas mehr Nachdruck zu geben, was natürlich sehr fraglich ist, weil letzten Endes nicht die Zahl, sondern der Inhalt den Ausschlag gibt.

Es wird, wie bereits gesagt, weisester Beschränkung und großer Hingabe bedürfen, um dieses Riesenprogramm zu erledigen. Möge es im Interesse unseres unter harten Kämpfen groß gewordenen Verbandes gelingen, das ist unser sehnlichster Wunsch und in diesem Sinne heißen wir alle Vertreter in der Reichshauptstadt herzlich willkommen.

W. R.

## Arbeitskämpfe und Tarife.

**Alfeld.** Lohnsätze zum Tarifvertrag der Fa. E. Binnewies. Es erhalten pro Stunde: Gärtner von 17—20 Jahren 1,95 Mk., von 20—23 Jahren 2,25 Mk., von 23—25 Jahren 2,45 Mk., über 25 Jahre 3 Mk., Arbeiter über 25 Jahre 2,60 Mk., Arbeiterinnen über 20 Jahre 1,50 Mk.

**Darmstadt.** Folgender Schiedsspruch wurde vom Staatskommissar für verbindlich erklärt: Arbeitszeit vom 1. 3. bis 31. 8. 9 Stunden, vom 1. 9. bis 28. 2. 3 Stunden. Überstunden werden mit 25 % Aufschlag vergütet. Sonn- und Feiertagsdienst wird ohne Lohnaufschlag verrichtet. Berechtig aber zu einem freien unbezahlten Wochentag. In der Landschaftsgärtnerei wird für Arbeiten, die ein Übernachten notwendig machen, ein Lohnaufschlag von täglich mindestens 10 Mk. gewährt. Urlaub nach

zwei Jahren 3, nach drei- und mehrjähriger Tätigkeit 6 Tage. Löhne: Gehilfen im ersten Gehilfenjahre 1,80 Mk., im zweiten 2,20 Mk., bis zum 20. Jahre 2,75 Mk., von 20—25 Jahren 3 Mk., darüber 3,50 Mk. Gehilfen in leitender Stellung und Obergärtner 4 Mk. die Stunde. Gartenarbeiter 10 Pfg., Gärtnerinnen 50 Pfg. die Stunde weniger. Die Entlohnung der Arbeiterinnen unterliegt freier Vereinbarung. Den Lehrlingen wird gewährt: im 1. Jahre 10 Mk., im 2. 20 Mk., im 3. 35 Mk. wöchentlich.

**Düsseldorf.** Eine harte Lehre. Der Streik der hiesigen städtischen Arbeiter ist verloren, — weil alle Voraussetzungen des Zusammenbruchs vom ersten Tage an vorhanden waren. Die größte Zahl der städtischen Arbeiter und auch unserer Kollegen sah seit Jahresfrist ihr Heil in der syndikalistischen „Freien Arbeiterunion“, deren Tätigkeit bisher nur auf Gewaltpolitik eingestellt war. Diese mußte natürlich unter normalen Verhältnissen versagen. Ein Kapp-Putsch mit nachfolgendem Generalstreik wie im März d. J. kam diesmal nicht zu Hilfe. Schon nach 4 Tagen Streik liefen eine Reihe „Unionisten“ in die Betriebe, darunter die „revolutionären“ Betriebsräte des Gartenamts und der Friedhöfe, die tags zuvor in einer Versammlung noch die Parole ausgaben: Siegen oder sterben.

Hoffentlich ziehen die Kollegen die richtige Lehre aus diesem Streik. Wir haben vorher genug gewarnt, jetzt sind einige Millionen Lohn futsch, und eine Reihe Leute liegt auf der Straße. Jetzt sind natürlich die Zentralgewerkschaften an dem Zusammenbruch schuld, obwohl gerade ihre Mitglieder am längsten bei der Stange blieben. Kollegen! Seht euch einmal eure Unionistenführer an, und ihr werdet die Nase allmählich voll haben. Von Wirtschaftskämpfen muß man etwas verstehen, recht blutrünstige Reden allein genügen nicht, und das Schweineglück kommt auch nicht immer. Leute, die früher geiß waren, jetzt blutrot sind, stehen mit Recht im Verdacht, Söldlinge des Kapitals zu sein; Spitzel und Provokateure werden in letzter Zeit in Massen entlarvt.

Die Stadt Düsseldorf hat sich neuerdings dem Arbeitgeber-Verband rheinisch-westfälischer Städte angeschlossen und auch den mit den Zentralgewerkschaften abgeschlossenen Tarif anerkannt. Sie zahlt auf die dort bestehenden Lohnsätze wegen der örtlichen teuren Verhältnisse einen Aufschlag von 10%. In Zukunft ist die Union von diesen Tarifbeschlüssen vollständig ausgeschlossen.

An die Kollegen des Gartenamts und der Friedhöfe richten wir aber das dringende Ersuchen, sich wieder unserer Stadtgärtnersektion anzuschließen. Dort werden ihre Interessen gewissenhaft und nicht demagogisch vertreten. Wenn wir die Verhältnisse so schildern, wie sie sind und keinen blauen Dunst vormachen, dann werden uns so bittere Erfahrungen, wie die letzten, erspart bleiben.

Als Kuriosum wollen wir der breiten Öffentlichkeit aber noch mitteilen, daß der Führer der städtischen Arbeiter von Düsseldorf, dem die Masse blindlings folgte, ein Mann namens Schulz war, der sich zwar nicht Gewerkschaftsbonze, sondern „Generalobmann“ titulierte und vor dem Kriege — Gesundheitsarbeiter war. Aber das Einseifen hätte er auch nach dem Kriege noch nicht verlernt und das Schimpfen auf die Gewerkschaften erst recht nicht. Ob allen Kollegen jetzt die Augen aufgehen, oder ob noch härtere Lehren kommen müssen? **Link.**

**Hann.-Münden.** Botanischer Garten der Forstakademie. Folgende Lohnsätze gelten ab 16. Juni 1920 bei 48 stündiger Arbeitszeit: Gelernte Arbeiter: Grundlohn 175 Mk., im 1. Jahre 180 Mk., im 2. Jahre 185 Mk., im 3. Jahre 190 Mk., ungelernete Arbeiter: Grundlohn 160 Mk., im 1. Jahre 165 Mk., im 2. Jahre 170 Mk., im 3. Jahre 175 Mk., ungelernete Arbeiterinnen: Grundlohn 112 Mk., im 1. Jahre 117 Mk., im 2. Jahre 122 Mk., im 3. Jahre 127 Mk. Die übrigen Bestimmungen des Manteltarifvertrages vom 7. November 1919 sowie des Lohnstarifes für die im Arbeitsverhältnis stehenden Lohnempfänger bei den Reichs- und preußischen Staatsbehörden in Groß-Berlin, vom 11. Mai 1920, greifen Platz.

**Karlsruhe.** Der am 23. März d. J. für die Amtsbezirke Karlsruhe und Ettlingen abgeschlossene Tarifvertrag ist ab 1. Mai für allgemein verbindlich erklärt worden.

**Lübeck.** Am 9. Mai reichten wir Forderungen ein; jedoch lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen ab. Der Schlichtungsausschuß fällt einen Schiedsspruch, der uns folgende Löhne zubilligte:

Selbständig arbeitende Privatgärtner und	pro Stunde	5.	Mk.
-Obergärtner	„	4.	„
Gehilfen über 20 Jahre und Facharbeiter	„	3,60	„
Gehilfen unter 20 Jahren und Arbeiter	„	1,60	„
Frauen	„	1,60	„

Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab. Am 28. Juni erklärte die Demobilisierungskommission den Schiedsspruch auf unseren Antrag für verbindlich. **Schmidt.**

**Züllichau-Schwiebus.** Der Verband ländlicher Arbeitgeber im hiesigen Kreise hat mit uns einen Vertrag dahingehend abgeschlossen, daß der am 15. 4. 20 zwischen dem Verband ländlicher

Arbeitgeber im Kreise Züllichau-Schwiebus und dem Deutschen Landarbeitervereine abgeschlossene Tarifvertrag einschließlich des Rahmentarif für die Provinz Brandenburg vom 5. März 20 Gültigkeit haben soll.

Jedoch soll den ordnungsmäßig ausgebildeten Gärtnern ein Zuschlag von mindestens 10% zu dem Lohn eines Landarbeiters gegeben werden. Bei besonderen Anforderungen ist ein höherer Zuschlag angezeigt. Bereits bestehende höhere Gehälter oder Tantiemen dürfen auf Grund dieses Vertrages nicht herabgesetzt werden.

Wenn dieser Tarif auch noch lange nicht den durchaus gerechten Wünschen unserer Kollegen entspricht, so bedeutet es doch ohne Zweifel ein gutes Stück vorwärts, da ein großer Teil der Kollegen immer noch weit unter den Landarbeiterlöhnen steht. Nur der zähen Arbeit unserer Kollegen aus Schwiebus ist es zu danken, daß endlich auch mal geregelte Zustände unter den Gutsgärtnerkollegen zustande kommen. Nun fordert aber auch die neuen Lohnsätze!

## Privatgärtnererei

**Dresden.** Am 27. Juni tagte hier der Gau 9 des alten V.D.P. und nahm Stellung zu der sich vollziehenden Auflösung des Verbandes. Nach längeren Ausführungen der Kollegen Westphal-Zwickau und Haucke-Dresden wurde als Ergebnis der Aussprache eine Entschließung angenommen in der allen Ortsgruppen und Einzelmitgliedern des Gaues der Übertritt zur Privatgärtnervereinigung des Verbandes der Gärtner empfohlen wird.

Weiter hält es die Konferenz für notwendig, daß das bisherige Gaugebiet organisatorisch einheitlich zusammengehalten wird, mit dem Sitze eines Gauvorstandes in Dresden. Die bisherigen Ortsgruppen bleiben auch zukünftig als Privatgärtnergruppen des Verbandes der G. u. G. bestehen. Als Beitrag wird ein solcher von 2 Mk. pro Woche zur einheitlichen Einführung empfohlen. Neben der „Allg. Deutschen Gärtnerzeitung“ ist vom neuen Gauvorstand ein monatlich erscheinendes Mitteilungsblatt an die Sächsischen Ortsgruppen herauszugeben.

Im übrigen hält es die Konferenz als unbedingt notwendig, daß die gesamte Privatgärtner Sachsens sich einheitlich im Verband der G. u. G. als selbständige Privatgärtner-Vereinigung zusammenfinden, um erfolgreich die so notwendige Standesarbeit für den Privatgärtnerberuf leisten zu können.

Einstimmig wurden folgende Kollegen in den Gauvorstand gewählt: 1. Vorsitzender: A. Nowicki, Zitzschewitz, Kynastweg 90; 1. Beisitzer: H. Thalmann, Blasewitz; 2. Beisitzer: B. Albert, Radebeul.

Sodann erfolgte noch eine kurze Aussprache über die nicht ausgezahlten Sterbefälle. Es soll den Hinterbliebenen evtl. aus lokalen Mitteln demnächst eine Abfindung gewährt werden, damit uns keinerlei Vorwurf in der Öffentlichkeit gemacht werden kann.

## Das Einst und Jetzt der Gutsgärtner.

Wenn sich früher ein Kollege durch sein Eintreten für die Organisation oder dadurch, daß er selbstbewußt der Herrschaft gegenüber auftrat, bei dieser mißbeliebig machte, so war ein Grund gefunden, den Kollegen auf Pflaster zu werfen. Sein Recht konnte er sich dann suchen, wo er Lust hatte — er fand es aber nur in den seltensten Fällen. Dies ist nun doch erfreulicherweise ganz bedeutend besser geworden, nicht zuletzt durch die straffe Organisation der Landarbeiter und der Kollegen in den Gutsgärtnervereinen. Kollege Vollbrecht hat an dieser Stelle schon des öfteren entsprechende Fälle mitgeteilt. In Nachstehendem können wir über einen solchen berichten, der jedem Kollegen klar vor Augen führt, was der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter auch für die Kollegen der Gutsgärtnervereine für einen Vorteil hat.

Nach Auseinandersetzungen mit der Frau des Gutsbesitzers wurde unserem Kollegen R. auf einem Gut im Holsteinischen erklärt, er sei sofort entlassen. Der Kollege meldete uns die Sache. Wir reichten gleich Antrag auf Weiterbeschäftigung oder Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung beim Schlichtungsausschuß ein, teilten aber gleichzeitig dem Gutsbesitzer mit, daß wir zu einer gütlichen Verständigung bereit wären. Hierzu erklärte sich dieser nun ebenfalls bereit. Bevor die Sache vor den Schlichtungsausschuß kam, fand eine Verhandlung mit dem Gutsbesitzer statt. Nach langen Auseinandersetzungen erklärte sich dieser bereit, wenn der Kollege innerhalb 14 Tagen sein Wohnungsräume, ihm eine Entschädigung von 4000 Mk. auszahlen und ihm im Herbst noch 50 Zentner Kartoffeln zu liefern — andernfalls sollte, wenn auf die Kartoffeln verzichtet würde, der Kollege 5500 Mk. bekommen. Diese Vereinbarung wurde von beiden Parteien anerkannt. Kann man den Kollegen ein drastischeres Beispiel vor Augen führen, wie durch den Verband ihre Interessen gewahrt werden? Wer nicht ganz mit dem Dummebeutel ge-

klopft ist, dem möge dieses wieder zeigen, daß nur die Organisation es ist, die einem helfen kann. Ausbeutung und Unterdrückung ist noch überall an der Tagesordnung. Sich hiergegen zu wehren, ist Pflicht eines jeden Einzelnen. Diese Pflicht wird am besten erfüllt, wenn man ein überzeugtes Mitglied der Organisation wird und alle Kollegen, die uns noch fernstehen, aufklärt und zu uns führt. Diese Pflicht zu erfüllen sollte jeder für seine höchste Aufgabe halten. Dann wird es auch besser vorwärts gehen.

Runge.

## Blumengeschäftsangestellte

**Warnung!** Bänderinnen, Lehr- und Laufmädchen werden gewarnt, bei dem Blumenhändler Alfred Schlawitz, Breslau, Moltkestraße 14, in Stellung zu treten. Er hatte einer bei ihm beschäftigten Bänderin die Heirat versprochen, entließ aber, ihrer überdrüssig geworden, die Verführte ohne Kündigung. Als er erfuhr, daß sich die Bänderin in ihrer Not an uns gewendet hatte, verklagte er sie noch zum Danke für den gemessenen Vorschuß auf die Eheseligkeit auf Zahlung von 1200 Mk., um welche Summe sie ihn nach seiner Angabe beim Verkauf von Blumen und Pflanzen geschädigt haben soll. — Auch mit der Tochter einer Blumengeschäftsinhaberin bündelte Schlawitz an; Mutter und Tochter durchschaute aber beizeiten die Schwindereien des Bändermannes, und so erhielt er den Laufpaß.

Soweit es noch möglich ist, werden wir den Herrn zur Genugtuung zwingen; unsere Bänderinnen aber mögen es sich als Lehre dienen lassen, daß sie nur im „Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter“ sicheren Schutz finden.

August Vollbrecht, Breslau.

## Lehrlings- und Bildungswesen

### Prüfung der Gärtnerlehrlinge in Pommern u. Hessen-Nassau.

Wir machen darauf aufmerksam, daß im August dieses Jahres Prüfungen für Gärtnerlehrlinge stattfinden; es ist für die Zukunft jedes angehenden Gärtners von großer Wichtigkeit, sich dieser Prüfung zu unterziehen. Anmeldungen hierzu nehmen die Landwirtschaftskammern in Stettin und Kassel entgegen, die auch alle näheren Auskünfte erteilen.

## Berichte

### Von unserer dänischen Bruderorganisation

erhielten wir im Juni eine Mitteilung über den Stand der dortigen Bewegung, die neuerdings auch in der Holl. Gewerkschaftszeitung auftaucht, so daß wir sie unseren Kollegen nicht vorenthalten wollen, da sie immerhin auch für hiesige Verhältnisse lehrreich ist. Die Kopenhagener Kollegenschaft hat im verflossenen Frühjahr mehrere Streiks durchgeführt und sich auch an dem Generalstreik gegen den geplanten Staatsstreich des Königs beteiligt. In den Handelsgärtnereien und Baumschulen werden Stundenlöhne von durchschnittlich 1,45 Kronen, in der Landschaftsgärtnerei 2 Kronen gezahlt. In den Gemeindebetrieben Kopenhagens sind die Verhandlungen noch nicht beendet, die Stundenlöhne belaufen sich z. Zt. auf 2,12 Kronen. Die Arbeitszeit beträgt bei den Gemeinden und auf Landschaft 8 Stunden, in der Handelsgärtnerei und Baumschule 9 Stunden. In den Provinzen wird durchschnittlich 1,75 Kr. gezahlt. Ebenso sind Ferien und sonstige Vergünstigungen vereinbart worden. So muß zum Beispiel beim Spritzen mit Chemikalien der Arbeitgeber Überzugskleider, Handschuhe und Brillen liefern, ebenso für den Schnitt größerer Bäume.

Bemerkt sei noch die Gründung einer Landschafter-Genossenschaft, deren Entwicklung allerdings erst abgewartet werden muß. Weiter beabsichtigen die dänischen Kollegen für dieses Jahr noch einen internationalen Gärtnerei-Gewerkschaftskongreß nach Kopenhagen einzuberufen.

### Die französische Gewerkschaft.

Nach längerer Unterbrechung ist es uns wieder gelungen, mit unseren französischen Kollegen in Fühlung zu kommen. Sie sind als besondere Gruppe dem dortigen Landarbeiterverband angeschlossen, in dessen Organ sie eine ständige Rubrik haben. Die uns übermittelten Tarifverträge weisen Löhne von täglich 20 Franken nach. Sonntags ist nur ein sogenannter Wachdienst zulässig, wofür in der folgenden Woche ein Ruhetag gewährt wird. In allen Betrieben mit mehr als 5 Leuten ist ein Betriebsobmann zu wählen, außerdem dürfen nicht mehr als 10% Ausländer im Verhältnis zur Gesamtarbeiterzahl eines Betriebes beschäftigt werden. Im übrigen geht aus dem Bericht hervor, daß es auch in Frankreich schwer hält, die Berufslöhne denen der Industrie anzupassen.

### Konflikt in St. Gallen (Schweiz).

Am 1. Mai d. Js. war der erste dortige Tarif abgelaufen. Es gelang aber nicht, zu neuen Verhandlungen zu kommen, weil die Unternehmer erklärten, sie hätten keine Vereinigung mehr. Die darauf angebotenen Einzelabkommen gingen ebenfalls in die Brüche, weil dann diese Herren wieder versicherten, daß ihre Vereinigung zuständig wäre. Es war ein richtiges Versteckspielen, eine bewußte Irreführung. Wohin diese Taktik führen soll, kann man ermesnen, wenn man berücksichtigt, daß dort nur Stundenlöhne von 1,10—1,35 Franken gezahlt werden, obgleich sich die Unternehmer bei den Herrschaften 2,70 Franken die Stunde anrechnen. — Infolgedessen wird vor Zuzug gewarnt, sämtliche Gärtnereien sind gesperrt, Sperrbrecher werden als Streikbrecher behandelt!

### Gärtner-Organisation in Amerika.

Einem uns zugegangenen Schreiben aus Chicago entnehmen wir neben Mitteilungen über die dortigen Parkanlagen die interessante Mitteilung, daß auch dort neuerdings eine Gärtnergewerkschaft im Entstehen begriffen ist, die sich auf die vier Orte Chicago, Morton-Grove, Hinsdale und Bomanville erstreckt und etwa 400 Mitglieder umfaßt. Die Schwierigkeiten einer solchen Neugründung machen sich selbst im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten bemerkbar, umso mehr, als auch die Unternehmer ihr heftigen Widerstand entgegenzusetzen. Der Lohn schwankt zwischen 4 Dollar 80 Ct. Tagelohn in den öffentlichen Parkanlagen und 30—40 Dollars wöchentlich bei den Rosen- und Nelkenzüchtern. In den Topkulturen soll es sogar noch Plätze geben, die nur 25 Dollar zahlen, was bei den dortigen hohen Lebensmittelpreisen eine verhältnismäßig niedrige Bezahlung bedeutet. Sobald wir näheres über den Fortschritt dieser Organisation erfahren, werden wir berichten und möchten nur noch bemerken, daß auch die amerikanische Gärtnerei schwer unter Kohlenmangel zu leiden hat.

## Rundschau

### Der Mindestbedarf (Existenz-Minimum) im Juni.

Aus dem jetzt wieder vorliegenden Berechnungen des Dr. Kuczynski geht hervor, daß der Lebensunterhalt infolge der Verbilligung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche und durch die außerordentliche starke Zufuhr (?) von Kartoffeln sich für diesen Monat etwas billiger stellt, als für den Mai. Für Groß-Berlin würde der Bedarf eines Ehepaares mit zwei Kindern wie folgt aussehen: Ernährung 121 Mk., Wohnung 9 Mk., Heizung, Beleuchtung usw. 22 Mk., Bekleidung 84 Mk., Sonstiges 59 Mk., also insgesamt 295 Mk. gegen 370 Mk. im Mai. Dies würde einem Tagesverdienst von 49 Mk. oder einem Jahresverdienst von 15 400 Mk. entsprechen, so daß die Mark in Groß-Berlin diesen Monat einen Wert von 10—11 Pf. gegen 8—9 Pf. im Mai hätte.

Wie bereits aus dem vorhergehenden Monaten ersichtlich ist, unterliegen diese Zahlen ganz außerordentlichen Schwankungen, die mit dem internationalen Wirtschaftsleben im engen Zusammenhang stehen, so daß heute noch nicht gesagt werden kann, ob nicht die nächste Zeit schon wieder eine erhebliche Steigerung dieser Zahlen bringt, die übrigens noch keine Rücklagen für Neuanfassungen von Möbeln und sonstigen großen Gegenständen enthalten, obgleich sich diese doch ebenfalls abnutzen.

**Betriebsrätezeitung des Gewerkschaftsbundes.** Unter diesem Titel ist soeben die erste Nummer der vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angekündigten Betriebsrätezeitung erschienen. Schriftleiter derselben ist Dr. A. Striener, der in einem inhaltreichen Einführungsartikel die großen Aufgaben der Betriebsräte aufzeigt. Allein die Lektüre dieses Artikels wird so manchen Arbeiter, der sich bereits mit dem nötigen Wissen zu leitenden Funktionen im Wirtschaftsprozeß ausgestattet wähnt, zur Selbsteinkunft bewegen. Die mit reichhaltigem Wissensstoff ausgestattete Betriebsrätezeitung ist durch jede Postanstalt zum Vierteljahrspreis von 3 Mk. zu beziehen.

### Erwerbslosenfürsorge und Gewerkschaften.

Eine wenig beachtete Reichsverordnung vom 6. Mai d. J. besagt, daß gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung zur Hälfte ihres Betrages auf die öffentliche Unterstützung anzurechnen seien.

Dieser Angelegenheit müssen wir unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden, denn sie bedeutet eine Entlastung der öffentlichen Fürsorge auf Kosten der Gewerkschaften und benachteiligt die Gewerkschafter zugunsten der Unorganisierten. Wenngleich auch die Finanzlage des Reichs eine solche Maßnahme erklärlich erscheinen läßt, so muß man doch ernstlich erwägen, ob hier nicht ein Abbau unserer Unterstützungen ins Auge gefaßt werden muß, um andererseits wieder unsere Kampfmittel zu stärken.

### Vom Brand des Leipziger Volkshauses.

Am Abend des 19. März wurde das Leipziger Volkshaus infolge eines Angriffes der Reichswehr, die dort eine „Verschwörung“ vermutete, ein Raub der Flammen. Unendliche Werte sind vernichtet, unersetzliche Sammlungen u. dgl. für immer dahin. Die Leipziger Arbeiterschaft steht nun vor den Trümmern ihres stolzen Heims und ist infolge der enorm gestiegenen Baukosten in die Zwangslage versetzt, sich an alle Gewerkschaften Deutschlands mit der Bitte um Beiträge zum Wiederaufbau zu wenden. Obgleich die Arbeiterschaft in heutiger Zeit schon schwer belastet ist, hoffen wir auch hier auf die Opferwilligkeit unserer Mitglieder und erwarten, daß sie sich an den Sammlungen, die demnächst eingeleitet werden, nach ihren Kräften beteiligen.

Bemerkt sei noch, daß die Reichswehrtruppen damals 80 000 Zigarren „geborgt“ haben, von denen natürlich auch nicht eine mehr zurückzuerhalten ist, dasselbe gilt auch von den Schreibmaschinen, Klappenschränken und ähnlichen wertvollen Gegenständen, obgleich der zuständige General strengste Untersuchung zugesagt hatte. Man wollte eben mit diesem Sturm auf das Volkshaus die geistige Leitung des Generalstreiks treffen, um so den Kapp-Putschisten zum Siege zu verhelfen.

### Christliche Streikbrecher.

In dem Basalt-Gebiet an der Mosel war ein Abwehrstreik gegen den von den Unternehmern in Aussicht genommenen Abbau der Löhne ausgebrochen. Schon nach drei Tagen mußte er als verloren bezeichnet werden, da die im christlichen Verband organisierten Arbeiter wieder in die Betriebe liefen.

### Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften.

Unter dem 7. Juli ist ein Gesetz erlassen worden, nach dem die Eigentümer von Moor, Heide und ähnlichen Ländereien zu einer Genossenschaft vereinigt werden können, die den Zweck hat, diese Gelände nach einem einheitlichen Plan und nach Herstellung der erforderlichen Wege und Bewässerungsanlagen in Äcker, Wiesen, Weide oder Holzungen umzuwandeln und nach Bedarf zu bewirtschaften, wobei auf die Erhaltung von Naturdenkmälern tunlichst Rücksicht genommen werden soll.

Die große Bedeutung des Gesetzes liegt in der raschen Beschaffung und Kultivierung der betreffenden Ländereien auch gegen den Willen ihrer Eigentümer.

### Stärkere Stockholz- und Torfgewinnung.

Im Hinblick auf die Kohlennot und auf die Schonung unserer Nutzholzbestände hat der preussische Landwirtschaftsminister eine stärkere Stockholz- und Torfgewinnung für den Winterbedarf angeordnet.

### Warum sind die Kohlen so teuer?

Ein allen Verbänden in letzter Zeit zugeschickter Bericht des Reichskohlenamts schildert die Gründe der enormen Kohlen- teuerung und kommt zu dem Schluß, daß eine solche abermals bevorsteht, weil neue Lohnforderungen der Bergarbeiter sonst nicht bewilligt werden könnten. Angesichts der gewaltigen Lebensmittelverteuerung verbleibe nur ein Mittel zur Senkung der Preise, nämlich Steigerung der Förderung.

Ganz abgesehen von dem letzten Satz, dessen technische Möglichkeiten angesichts der heruntergewirtschafteten Betriebsmittel und des Grubenholz mangels selbst von Fachleuten angezweifelt werden, ist es von besonderem Interesse gerade für uns Gärtner, auch mal Volkswirtschaftler über diese Frage zu hören.

So schreibt Dr. Kuczynski, der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Schöneberg folgendes:

Vor dem Kriege kostete im Ruhrgebiet die Tonne Steinkohlen 12 Mk., heute aber (in schlechterer Qualität) 210 Mk. In diesem Preise sind mitenthalten die Zuschüsse an die Zechen für Lebensmittel und Bergarbeiterwohnungen, die Kohlensteuer und die Umsatzsteuer. Setzt man diese Posten ab, die für die Vorkriegszeit nicht in Frage kamen, so ergibt sich eine Steigerung von 12 Mk. auf 165 Mk. oder auf das Vierzehnfache. Vor dem Kriege entfielen auf den Arbeitslohn 52 %; für die sonstigen Selbstkosten rechnete man 38 %, für den Unternehmergewinn 10 %. Es betragen also etwa pro Tonne; Arbeitslohn 6,20 Mk., sonstige Selbstkosten, in denen auch die Schuldzinsen und zahlreiche andere Posten stecken, die gar nicht oder wenig gestiegen sind, machen höchstens 60 Mk. aus, sodaß der Unternehmergewinn pro Tonne mindestens 39 Mk. beträgt. Der Unternehmergewinn ist also auf mindestens das 32fache gestiegen. Sein Anteil an dem Preis (ohne Zuschüsse und Steuern) beträgt nicht mehr 10 %, sondern mindestens 24 %, während der

Anteil des Arbeitslohnes von 52 auf 40 % gesunken ist. Arbeitslohn und Unternehmergewinn verhalten sich nicht mehr wie 5:1, sondern wie 5:3.

Anschließend macht er dann den Vorschlag, daß sich die Unternehmer für längere Zeit mit demselben Verdienst begnügen wollten, wie die Arbeiter, wodurch sich die Tonne um 24 Mk. ermäßigte. Werden die Unternehmer dieses „Opfer“ bringen, oder wird man auch weiterhin noch mehr Betriebe schließen?

### Verschmelzungsbestrebungen in England.

Nach neueren Nachrichten haben sich in England 11 Metallarbeitervverbände zu einem Einheitsverband von 450 000 Mitgliedern verschmolzen.

**Warnung vor Auswanderung nach Brasilien.** Wie wir erfahren, wird von einem Ausländer von Hamburg aus versucht, deutsche Reichsangehörige für eine Siedlung in Brasilien zu gewinnen. Die bereits gegründeten Kolonien sollen die Namen „Benjamin“ und „Frieda“ führen. Nach unseren Ermittlungen handelt es sich hier um ein Unternehmen, das nicht geeignet ist, Auswanderern eine Existenzmöglichkeit zu sichern. Aus diesem Grunde möchten wir jeden Kollegen warnen, sich durch irgendwelche Versprechungen einfangen zu lassen.

Dasselbe gilt auch von Paraguay, für das ebenfalls von gewissenlosen Spekulanten Leute gesucht werden, denen angeblich von der dortigen Regierung schon vorher Land zur Verfügung gestellt sein soll.

## Bekanntmachungen

### Gaue und Ortsverwaltungen

**Warnung.** Vor dem Kollegen Otto Wonneberger aus Hartmannsdorf bei Limbach (Sa.) wird gewarnt, da er dortige Kollegen beschwindelt und bei seinem Abgang noch verschiedenes mitgehen heißen. Die Verwaltung Konstanz bittet um Nachricht, wenn er irgendwo auftreten sollte. E. Holder.

**Worms.** Unsere Kollegen stehen hier seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung. Die Unternehmer versuchen Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Tariflöhne werden in keinem einzigen hiesigen Betrieb gezahlt. — Vor Zuzug wird gewarnt!

**Blankenburg a. Harz.** Vorsitzender der Ortsverwaltung ist jetzt Dammann, Mühlenstraße.

**Düsseldorf.** Die gemeinsame Versammlung aller Branchen findet von jetzt ab bis 1. Oktober nur einmal im Monat statt. (Jeden Samstag nach dem 1.) Samstag, den 7. August, Generalversammlung.

**Eisenack.** Vor Zuzug nach hier wird gewarnt, da die Unternehmer den ausgeklagten Tarif nicht zahlen wollen. Die älteren Kollegen haben deswegen ihren Beruf an den Nagel gehängt und gehen in die Fabrik.

**Kiel.** Am Montag und Donnerstag Abend jeder Woche von 7—9 Uhr sind Vorstandsmitglieder im Restaurant Gambrinus, Ecke Lehmberg und Knooperweg, zur Entgegennahme von Wünschen aus Mitglieder- und Kollegenkreisen anwesend. Diese Zeit ist unbedingt innezuhalten.

### Sterbetafel.

Am 27. Mai starb im Alter von 65 Jahren unser Kollege Hermann Schübiling, beschäftigt bei der Fa. Haage u. Schmidt, Erfurt. Ortsverwaltung Erfurt.

Am 15. Juni verstarb nach längerem Leiden unser Kollege Karl Gruber, beschäftigt im Hofgarten Belvedere. Ortsgruppe Weimar.

Ehre ihrem Andenken!

### Bücherschau

Führer durch das Reichseinkommensteuergesetz von Rudolf Wissel. Preis 2,50 Mk. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. — Zu den bedeutendsten Gesetzen der letzten Zeit gehört unzweifelhaft das neue Reichseinkommensteuergesetz, zumal es mit seinen Bestimmungen über den Lohnabzug etwas vollständig Neues bringt und im Hinblick auf die Veranlagung usw. ziemlich abweichende Meinungen in der Presse aufgetaucht sind. Durch alle diese zweifelhaften Fragen hindurch führt in klarer Weise dieses kleine Buch, das wir unseren Mitgliedern nur empfehlen können.